



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/209 - 16.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039870

Unsicherheit in Saarbrücken	S. 1
Mendès-France und die Parteien	S. 3
Nachspiel zu den Wahlen in Schleswig-Holstein	S. 5

Sonntagsbesuch Hoffmanns bei Mendès-France

x Saarbrücken

Auf seinem Sommersitz in Marly bei Paris empfing der französische Ministerpräsident die Herren Hoffmann und Grandval aus Saarbrücken zu einem 45-Minuten-Gespräch. In dieser Unterredung wurden nach einem Kommuniqué, in herzlicher Atmosphäre, die Probleme der französisch-saarländischen Saarpolitik besprochen, wie sie sich nach dem Scheitern der sogenannten "europäischen Integrationspolitik" stellen.

Diese Reise nach Paris war die erste Aktivität, die der saarländische Ministerpräsident nach der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung gezeigt hat. Das ist nicht weiter verwunderlich. Die Saarregierung unter Führung Hoffmanns hatte inbrünstig gehofft, ihren schmählichen Verrat an Deutschland unter dem Mantel "Europa" verstecken zu können. In Saarbrücken waren die damaligen französischen Vorschläge zur Schaffung Klein-Europas mit einem wahren Begeisterungstaukel aufgenommen worden. Man spielte lange Zeit mit dem Gedanken, das siebente Land in diesem Europa zu werden, um nachträglich noch vor der Geschichte für die Separationspolitik gerechtfertigt zu werden. Die einfache Politik des Imstichlassens des in Not geratenen Vaterlandes sollte mit dem Deckmantel der Europäisierung verhängt werden. Man glaubte dabei sogar noch einige europäische Punkte sammeln zu können.

In diese Illusionen drängten die schweren Nebel des wachsenden französischen Widerstandes gegen jede Art von Politik, zugleich mit den fünf anderen Partnern Kleineuropas, auch Frankreich in diesem Europa aufgehen zu lassen. Die Sicht war in den Tagen vor der Brüsseler Konferenz für Hoffmann so verhangen, dass er sich in einem Interview mit dem "Rheinischen Merkur", ein Tag vor der Brüsseler Konferenz, zur Drohung hinreißen ließ: Die Saarregierung müsse ihre Politik erneut überprüfen, wenn das EVG-Projekt und damit auch die europäische politische Gemeinschaft am Widerstand Frankreichs scheitern würde. Herr Paul Wenger, bekannt als eifriger Sekundant der Hoffmann'schen Politik und der Aufteilung Deutschlands in verschiedene Interessensphären, kommentierte Hoffmanns Interview mit der Feststellung, dass bliebe - wenn die EVG scheitere - nichts mehr anderes übrig, als das

Saargebiet Deutschland zurückzugeben. Nun, Herr Hoffmann war mit seinen Drohungen etwas voreilig, denn seine Hände sind nicht frei genug, um irgendwelche anderen als französische Konsequenzen ziehen zu dürfen. So blieb ihm nichts anderes übrig, als nach der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung - in Urlaub zu gehen.

Tiefe Ratlosigkeit ist seitdem in der offiziellen Saarpolitik festzustellen. Während Herr Hoffmann in der offiziellen "Saar-Korrespondenz" schreiben ließ, eine Verquickung der Saarfrage mit dem Souveränitätsproblem der Bundesrepublik dürfe auf keinen Fall vorgenommen werden, ist in dem Kommuniqué, das Mendès-France gemeinsam mit Herrn Hoffmann nach der Unterhaltung in Marly herausgab, zu lesen, "dass die Lösung offener Probleme, von der die konstruktive Fortentwicklung Europas abhängt, mit der Regelung der Saarfrage verknüpft bleibe!" Ob es sich hier um Gefälligkeitsbemerkungen des französischen Ministerpräsidenten an Herrn Hoffmann handelt, damit dieser nicht mit ganz leeren Händen nach Saarbrücken zurückkomme, oder ob auch Mendès-France einen neuen Druck auf die Bundesrepublik in der Saarfrage vorhat, muß abgewartet werden. Bedenklich erscheint immerhin, dass das Kommuniqué davon spricht: "Die Politik Frankreichs in Bezug auf die Saar bleibe unverändert".

Unverändert bleibe dann auch die französische Benachteiligung der saarländischen Wirtschaft im Verhältnis zum lothringischen Industriegebiet. Diese Benachteiligung bezeichnete Herr Professor Senf, der derzeitige Finanzminister der Saarregierung, in einer Rede vom 10. September 1954 in Saarbrücken als eine Gefahr, "die die Saarländische Wirtschaft zur Rückentwicklung und zu provinzieller Selbstgenügsamkeit zwingt." Professor Senf wies in seiner Rede "auf die weiteren Gefahren hin, die der saarländischen Wirtschaft durch den Aufbau der lothringischen Industrie drohen, die heute schon ein gefährlicher Konkurrent der Saarländischen Wirtschaft auf deren natürlichen Absatzmärkten in Lothringen und Süddeutschland sei." Nach dem Kommuniqué soll Hoffmann die die Saar interessierenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zur Sprache gebracht haben. Es mag dabei zu recht bitteren Untertönen gekommen sein, denn der Saarregierung steht auf diesem Gebiet das Wasser so sehr am Halse, dass sogar die aus der Regierung gedrängte separatistische SPS - die Grandval und seiner Saarpolitik so sehr ergeben ist - sich zu dem Notschrei veranlassen sah, "in der Saarindustrie müßten in den nächsten fünf Jahren mindestens 400 Milliarden Franken (rund 4 Milliarden Mark) investiert werden, wenn diese auch nur einigermaßen in die Lage versetzt werden sollte, mit der lothringischen Konkurrenz wieder auf gleich zu ziehen."

Hoffmann hat, soweit seine Pläne bis jetzt bekannt geworden sind, etwas bescheidenere Zahlen errechnet. Aber auch sie scheinen noch so gewesen zu sein, dass die "herzliche Atmosphäre während der Unterredung" laut Kommuniqué es dem saarländischen Ministerpräsidenten scheinbar geraten erscheinen ließ, nicht freudestrahlend nach Saarbrücken, sondern ernst in den Urlaub zurückzueilten. Es ist eben leichter, zu allen Wünschen der Besatzungsmacht ja zu sagen, als den Herrn auf seine Versäumnisse aufmerksam zu machen.

Auf der Suche nach einer Mehrheit

G.S., Paris -Mitte Sept.

Als Mendès-France noch in der Opposition stand und die zahlreichen, aufeinander folgenden Regierungen mit Recht des "Immobilismus" bezichtigte, konnte man annehmen, dass dieser scharfsinnige Kritiker, einmal an der Macht, sich auf eine Mehrheit stützen würde, die man ganz allgemein mit "links" bezeichnen könnte. In erster Linie war anzunehmen, dass die Sozialisten die Basis für seine Regierungsmehrheit bilden würden. Nun, die Dinge haben sich anders entwickelt, und man hätte heute gewiss Schwierigkeiten, der von Mendès-France gebildeten Regierung die Etikette "links" oder "rechts" aufzukleben: sie ist weder dies noch jenes, sondern ein Konglomerat von Splintern fast aller Parteien und zählt überdies zu ihrer Mehrheit - ungewollt - die Kommunisten.

Angesichts der gewaltigen Differenzen, die in allen Parteien über die außenpolitischen Probleme bestehen, ist der französische Ministerpräsident gezwungen, von einem Tag auf den anderen zu laviieren und seine Mehrheit an jedem konkreten Problem zu bilden. Eine "linke" Mehrheit, soweit Tunesien und die wirtschaftlichen Probleme in Betracht kommen, eine Mehrheit aus Splintern aller Parteien, soweit es sich um außenpolitische Fragen handelt. Es ist klar, dass Mendès-France ursprünglich nicht die Absicht hatte, eine Regierung zu bilden, in der die Sozialisten und Volksrepublikaner nicht vertreten sind, in der jedoch die konservativen Unabhängigen und Gaullisten wichtige Ministerien bekleiden. Es ist ebenso klar, dass eine kontinuierliche Politik auf die Dauer nicht möglich ist, wenn es dem französischen Ministerpräsidenten nicht gelingt, sich eine feste und klar umrissene Regierungsmehrheit zu schaffen.

Die Aussichten dafür, die Sozialisten und die "sozial" gestimmten Volksrepublikaner in die Regierung zu bekommen, sind im Augenblick äußerst schwach. Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die in der EVG-Debatte geschlagen wurden, und sowohl die Sozialisten als auch die Volksrepublikaner, die in innerpolitischen Fragen Mendès-France eher positiv gegenüberstehen, warten ab und wollen zunächst wissen, ob der Ministerpräsident "wirklich" der atlantischen Allianz treu bleiben wird, wie er es wiederholt versichert hat. In beiden Parteien herrscht

in dieser Beziehung ein Mißtrauen, das dadurch gefördert wird, dass Mendès-France tatsächlich von einer Presse in den Himmel gehoben wird, die entweder "progressivistisch", "neutralistisch" oder gar kommunistisch ist.

Also erst die kommenden außenpolitischen Entscheidungen werden Klarheit darüber schaffen, ob das von Mendès-France begonnene Werk von Bestand sein kann. Passiert er dieses schwierige Kap, so wird er die Feststellung zu treffen haben, dass sich seine innerpolitischen Ideen auf die Dauer nicht mit einer Mehrheit vereinbaren lassen, die im Grunde die Politik von Pierre Mendès-France ablehnt. Unverhohlen wird von den an der Regierung teilnehmenden Gaullisten bereits offen die tunesische Politik kritisiert. Angesichts der Verhandlungen, die jetzt zwischen Frankreich und Tunesien begonnen haben, haben die Konservativen und Gaullisten (die der Regierung angehören) jenen "lobby" mobilisiert, der sich nicht damit abfinden will, dass das rein kolonialistische Regime in dem "Protectorat" ein Ende finden soll. Die gleichen Kreise haben übrigens bisher zu verhindern vermocht, dass in Marokko Maßnahmen ergriffen wurden, die zumindest einen "Dialog" zwischen Frankreich und den authentischen Vertretern der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung ermöglichen.

Was die von Mendès-France eingeleitete Wirtschaftspolitik angeht, so machen sich in der konservativen und gaullistischen Presse bereits Strömungen bemerkbar, die darauf abzielen, dem Ministerpräsidenten "ein Bein zu stellen". Mit Beunruhigung wird in gewissen Unternehmerkreisen eine Politik angesehen, die darauf abzielt, unrentable Betriebe zu "rekonvertieren" und eine Modernisierung der Industrie einzuleiten, die in Frankreich besonders dringend ist.

Mit anderen Worten: die Ideen des französischen Ministerpräsidenten werden auf die Dauer immer schwerer mit einer Regierungsmehrheit zu vereinbaren sein, die uneinheitlich und stark konservativ gefärbt ist. Es müssen also die kommenden außenpolitischen Entscheidungen abgewartet werden, bevor Mendès-France eine "soziale Mehrheit" bilden kann. In der Sozialistischen Partei, wird die Hoffnung gehegt, dass die Lösung der "deutschen Frage" dazu beitragen könnte, die stark erschütterte Einheit der Sozialistischen Partei wiederherzustellen. Aber niemand ist sich darüber klar, wie es zu dieser Konstellation kommen könnte. Und bevor diese Klarheit nicht geschaffen ist, wird Mendès-France gezwungen sein, den Versuch zu unternehmen, mit einer wesentlich konservativen Mehrheit eine fortschrittliche Politik zu betreiben...

Deutsch-dänische Verstimmung

sp - Der Wahlausgang in Schleswig-Holstein hat ein unerfreuliches Nachspiel hinterlassen. Es fand sogar seinen Niederschlag in der Versammlung des Straßburger Europarates, in der der dänische Delegierte bittere Anklagen über die Ausschaltung der dänischen Minderheit aus dem Kieler Landtag erhob. Im dänischen Parlament ist die deutsche Minderheit von Nordschleswig, auf die 10 000 Stimmen entfielen, mit einem Abgeordneten vertreten. Obwohl die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein immerhin 42 000 Stimmen aufbrachte blieb ihr eine entsprechende Vertretung im Kieler Landtag versagt, da sie die Hürde 5 %-Klausel nicht überspringen und die notwendige Anzahl für ein Direktmandat nicht erreichen konnte. Die Deutschen in Dänemark können ihre Rechte und ihre Anliegen auf parlamentarischem Wege zur Geltung bringen, den Dänen in der Bundesrepublik ist dies nicht mehr möglich.

Offensichtlich hatte die Kieler Regierung alles darauf angelegt, der einzigen nationalen Minderheit, die es in der Bundesrepublik gibt, den Weg in den Landtag zu verlegen. Die sie stützenden Parteien hatten sich nicht nur in Flensburg zu einem Wahlblock zusammengeschlossen, es wurden auch Gemeinden mit einem starken dänischen Einschlag Wahlkreisen zugeteilt, in denen die deutsche Bevölkerung weit überwiegt. So mußte die SSW unterliegen.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lübke gehört zu den treuesten Paladinen des Kanzlers und die Parteien, die seine Regierung stützen, können sich nicht genug hervortun in Bekenntnissen zu einem neuen Europa. Hier wäre Gelegenheit gewesen, die so betont zur Schau getragene "europäische" Gesinnung durch Taten zu belegen. Aber welch ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis... Nur nach außenhin gibt man sich als guten und toleranten Europäer, im eigenen Hause aber herrscht ein engherziger und nationalistischer Geist. Es kann nicht ausbleiben, dass ein solcher Widerspruch Bitternis und Verbitterung bei dem nördlichen Nachbarn erregen muß; er ist nicht geeignet, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Die unvermeidliche Folge einer Zuspitzung der nationalen Gegensätze in diesem nördlichsten Land der Bundesrepublik fällt in diesem Fall eindeutig auf das Konto der Kieler Regierung.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler